

Bewegungsarchive im elektronischen Zeitalter

Ein Tagungsbericht

23 Archive, Bibliotheken und Dokumentationsstellen aus Frauen-, Friedens-, Ökologie-, Jugend- und Alternativbewegungen, der Bürgerbewegung der DDR und von Geschichtswerkstätten trafen sich im Juni 2007 zum dritten Mal zu einem Erfahrungsaustausch im Archiv Grünes Gedächtnis.

Diese regelmäßig stattfindenden Archivtreffen dienen dem aktuellen archivfachlichen und politischen Erfahrungsaustausch. Obwohl die Bewegungsarchive hinsichtlich ihres Selbstverständnisses, ihrer Bestände und der Anbindung an politische Aktivitäten ganz eigene, unterschiedliche Schwerpunkte setzen, findet immer wieder ein gewinnbringender Austausch statt, werden Kooperationen verabredet und das Lobbying für die Anliegen der Überlieferungsbildung und -sicherung der Protestbewegungen in Deutschland intensiviert.

Im Rahmen des dritten Workshops diskutierten die Bewegungsarchive, auf ihre Möglichkeiten zugeschnitten, Fragen der Digitalisierung und elektronischen Archivierung. Archivische Standards wurden vorgestellt und auf ihre Anwendbarkeit in kleinen Archiven überprüft. Mit Blick auf den Auftritt von drei Bewegungsarchiven beim Deutschen Archivtag des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA) im September 2007 diskutierte man das Verhältnis der Oppositionsarchive zur etablierten Fachöffentlichkeit.

Auf dem 77. Deutschen Archivtag des VdA – Thema des Archivtags «Lebendige Erinnerungskultur für die Zukunft» – beschäftigte sich ein Forum mit der Überlieferungsbildung und -sicherung der freien Archive in Deutschland. Damit erfuhr die Arbeit der Bewegungsarchive zur Überlieferungsbildung und -sicherung von Archivalien der bundesrepublikanischen Opposition erstmals öffentliche, fachliche Anerkennung. Das Interesse der etablierten Fachöffentlichkeit, verbunden mit einem eingestandenem Defizit staatlicher Archive auf diesem Gebiet, wird von den Bewegungsarchiven aber auch mit Skepsis betrachtet. Sie befürchten, dass sie vereinnahmt werden könnten und ihre Unabhängigkeit damit gefährdet wäre.

Dennoch unterstützten die Teilnehmer(innen) des Archivtreffens den Auftritt von drei Archiven aus ihrem Kreis (Archiv der deutschen Frauenbewegung, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte «Matthias Domaschk», Archiv für alternatives Schrifttum), lehnten aber eine von Seiten des VdA angebotene Einbindung in den Verband zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Genutzt werden sollte der Auftritt vielmehr zur Intensivierung des fachlichen Austausches, zur Präsentation der eigenen Arbeit und zum Lobbying für die Anliegen der Bewegungsarchive. Die Unabhängigkeit bleibt ein wichtiges archivpolitisches Anliegen der Bewegungsarchive.

In Zeiten elektronischer Kommunikation und elektronischer Nutzungsgewohnheiten stehen Bewegungsarchive vor vielgestaltigen Aufgaben, für die sich, auf ihre

Möglichkeiten abgestimmt, noch keine Standards herausgebildet haben. Die Arbeit von politischen, sozialen und kulturellen Protestbewegungen erfolgt heute zum großen Teil mittels elektronischer Medien. Sollten Bewegungsarchive in der nächsten Zukunft keine Strategien und praktikierbare Verfahren entwickeln, um diese Medien zu archivieren, werden sie ihrem Anspruch, die Überlieferungsbildung und -sicherung der Opposition in Deutschland zu betreiben, nicht gerecht werden können.

Dabei sehen sie sich heute ganz besonderen Herausforderungen gegenüber, sind die Bestände in den Bewegungsarchiven im Kern doch Überlieferungen, die die kommunikative Vernetzung dokumentieren. Diese besteht heute zumeist aus einem Mix von analogen und elektronischen Dokumenten, die nur zusammen den Vorgang abbilden würden und archiviert werden müssten. Aus dieser «hybriden» Aktenführung im Nachhinein einen Vorgang zu bilden und zu archivieren ist für kleine Archive kaum möglich. Sie sollten sich allerdings so nah wie möglich an den Entstehungszusammenhang elektronischer Dokumente anbinden und ihre archivische Arbeit dort ansetzen.

Elektronische Medien sind flüchtig, weniger kontrollierbar, anfällig für Vernichtung und unautorisierten Zugriff. Sie können nicht wie analoge Archivalien noch Jahre nach ihrem Entstehen relativ einfach geborgen und gesichert werden. Der enge Kontakt, den viele Bewegungsarchive zu ihren Aktiven haben, ist somit eine gute Voraussetzung für eine gründliche Archivierung aktueller politischer Arbeit. Sollte dieser Kontakt nicht bestehen, müssen dringend Absprachen unter den Bewegungsarchiven getroffen werden, wer welche Archivierungsaufgaben übernimmt.

Erste Erfahrungen mit der elektronischen Archivierung von digital generierten Dokumenten – Online-Publikationen und Mailinglisten – liegen aus dem Kreis von kleinen Bewegungsarchiven bereits vor. Allerdings gibt es keine Erfahrungen mit der Archivierung von Websites aus Protestbewegungen, was von den Bewegungsarchiven als schwerwiegendes Defizit eingeschätzt wird.

Aus der Praxis elektronischer Archivierung berichtete das Archiv Aktiv aus Hamburg. Als klassisches Bewegungsarchiv, das in aktuelle atom- und gentechnik-kritische Kampagnen und damit deren digitale Kommunikation eingebunden ist, erfüllt es alle Voraussetzungen für eine gründliche Archivierung elektronischer Unterlagen. Die elektronische Archivierung von Mailinglisten der Kampagnen wird seit einiger Zeit in Hamburg erprobt und praktiziert. Im Bewusstsein der Gefahr, dass das Wissen über diese Kampagnen verloren geht, wenn der interne Email-Austausch nicht zeitnah archiviert wird, hat Archiv Aktiv sein erstes elektronisches Archivierungsprojekt als eigenes «Low-Budget-Projekt» gestartet. Die Mailinglisten der Kampagnen werden mit dem Email-Programm Mozilla Thunderbird eingelezen, in einer Verzeichnisstruktur nach Jahren sortiert abgelegt und auf einem externen Rechner gespeichert. Die Mailings werden, bevor sie abgelegt werden, auf ihre Archivwürdigkeit hin bewertet und gegebenenfalls kassiert. Die Suchfunktion des Email-Programms bleibt bei dieser Art der Speicherung erhalten und gestattet einfachsten Rechercheservice. Abgesehen von der begrenzten technischen Speicherkapazität des eingesetzten Emailprogramms wird das größere Problem bei diesem Archivierungsverfahren in der Handhabung des Datenschutzes gesehen. So können durch die Archivierung von Mailinglisten Inhalte und Strukturen politischer Kampagnen enthüllt werden, was für die Beteiligten strafrechtliche Konsequenzen haben kann.

Aus der Praxis der Schutzdigitalisierung und Langzeitarchivierung berichtete das Archiv der sozialen Bewegungen in Baden. Ca. 150 akut vom Verfall bedrohte Tonbänder des Senders Radio Verte Fessenheim aus den 1970er Jahren werden in einem Pilotprojekt mit dem Fraunhofer-Institut digitalisiert und sollen später auf Mikrofilm abgelegt und langzeitarchiviert werden. Das Fraunhofer-Institut hat dazu zusammen mit der MicroArchive Systems GmbH ein Verfahren zur Speicherung digitaler Daten auf einem analogen Medium, dem Mikrofilm, erarbeitet. Dieses aufwendige Projekt ist nur in Kooperation mit etablierten Einrichtungen zu realisieren, weil die technische Umsetzung soviel Spezialwissen, -ausstattung und finanzielle Ressourcen voraussetzt, dass, anders als beim «Low-Budget-Projekt» des Hamburger Archivs, Kooperationspartner gesucht werden mussten.

Aus Solidarität mit dem Umbruchbildarchiv und der Videowerkstatt Autofocus aus Berlin verabschiedeten die Teilnehmer(innen) zum Abschluss des Workshops eine Erklärung. Beide Einrichtungen waren im Vorfeld der G8-Proteste im Frühjahr 2007 vom Bundeskriminalamt durchsucht und Rechner mit Archivalien kopiert und beschlagnahmt worden. Damit verletzte das BKA das Recht auf Presse- und Informationsfreiheit. Das Netzwerk protestierte gegen diesen Rechtsbruch und forderte das BKA auf, die kopierten Daten zu löschen. Freie Archive sichern die Überlieferung der Oppositionsgeschichte. Sie leben vom Vertrauen ihrer Dokumentengeber. Diese Arbeitsgrundlage sehen sie durch Aktionen, wie sie das BKA gegen die beiden Berliner Archive durchgeführt hat, ernsthaft gefährdet.

Der vierte Workshop der Bewegungsarchive wird im Juni 2009 im Archiv Grünes Gedächtnis in Berlin stattfinden. Rahmenthemen werden das Urheber- und Nutzungsrecht mit besonderer Berücksichtigung elektronischer Medien und deren Nutzung sowie die Rechtsstellung freier Archive in Deutschland sein.